

Der Kalte Krieg
betraf auch die Jugend

Störmanöver aus dem Osten

Ulrich Pfeil

Wenn in diesen Tagen Deutsche und Franzosen den vierzigsten Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages feiern, gerät darüber gänzlich in Vergessenheit, dass Franzosen und Ostdeutsche im Jahre 2003 den dreißigsten Jahrestag der Aufnahme ihrer diplomatischen Beziehungen hätten feiern können. Die „friedliche Revolution“ von 1989/90 hat jedoch auch für das Ende der „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen gesorgt.

Die Jugendbeziehungen zwischen West- beziehungsweise Ostdeutschland und Frankreich entwickelten sich bereits ab den vierziger Jahren zu einem Bestandteil der Geschichte des Kalten Krieges. In der deutschen „Zusammenbruchsgesellschaft“ sahen sich die Siegermächte mit einer desillusionierten Jugend konfrontiert, die das Kriegsende und die sich daraus ergebenden Veränderungen in ihrer großen Mehrheit politisch orientierungslos gemacht hatte. In der SBZ reagierten sowjetische Besatzer und ostdeutsche Kommunisten mit der Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) im März 1946 und richteten die politische Jugendarbeit nach den Prinzipien des Marxismus/Leninismus aus. Dieser Prozess fand einen vorläufigen Abschluss, als die FDJ 1952 „die führende Rolle der Partei“ offiziell anerkannte und damit zum Transmissionsriemen der SED wurde. Als Massenorganisation bestand ihre Aufgabe nicht darin, die Interessen der Jugend gegenüber der Partei zu formulieren,

sondern die Beschlüsse der SED in ihrem spezifischen Wirkungsfeld durchzuführen.

Mit der Verschärfung des Kalten Krieges und den ersten Schritten zur Westintegration der Bundesrepublik ab 1950 kamen auch die Jugendbeziehungen in das Fahrwasser des Wettstreits zwischen den Blöcken. Als erste „machtvolle Demonstration“ organisierte die SED das *Deutschlandtreffen der Jugend* (24. bis 29. Mai 1950) in Berlin, an dem auch eine französische Gruppe teilnahm und der Präsident der moskautreuen *Fédération mondiale de la Jeunesse démocratique* (FMJD), Guy de Boisson, verschiedene Reden hielt. Es wurde ein Manifest an die deutsche Jugend beschlossen, das alle Jugendlichen aufforderte, sich für die Stärkung des Friedens einzusetzen.

Während bei derartigen Veranstaltungen das internationalistische Moment gegen die Westintegration der Bundesrepublik genutzt werden sollte, war der deutschlandpolitische Diskurs innerhalb der SED-Jugendpolitik von nationalistischen Wiedervereinigungsparolen dominiert. Eine besondere symbolische Aufladung erlangte in dem deutsch-deutschen Kampf um die Jugend die Loreley als nationale Identifikationsfigur, die die Ost-Berliner Führung zur Hüterin eines pazifistisch geeinten Deutschlands stilisierte. Scharfer Antiamerikanismus, gepaart mit nationalistischen Losungen, kennzeichnete dabei einen Text von Ernst Busch aus dem Jahre 1951, den Hanns Eisler vertonte:

„Go home, Ami, Ami, go home,
lass in Ruh' den deutschen Strom,
sag good bye dem Vater Rhein,
rühr nicht an sein Töchterlein!

Loreley, solange du singst,
wird Deutschland sein!“

Als der Text in der DDR veröffentlicht wurde, organisierten Westdeutsche und Franzosen im Juli/August 1951 ein großes europäisches Jugendtreffen auf der Loreley, das eine Reaktion auf die Eskalation des Kalten Krieges darstellte und im Gegensatz zur DDR-Propaganda die grenzüberschreitende europäische Versöhnung in den Mittelpunkt platzierte. Der Organisator Jean Moreau sprach von einer Veranstaltung der freien Jugend, während die kommunistische Propaganda diejenigen zu verführen gedenke, die schon immer von Macht und Obrigkeit geträumt hätten. Einen ähnlichen Tenor besaß die Rede des französischen Hochkommissars André François-Poncet vor den 13 500 Zuhörern der Loreley. Er appellierte an den europäischen Geist der Teilnehmer, die deutsch-französische Aussöhnung zu intensivieren, und warnte vor einer Ausweitung des Kommunismus.

Verbote und Repressionen

Während die Jugendbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich Anfang der fünfziger Jahre über die ersten Hürden gekommen waren, beschränkten sich die Kontakte der DDR auf ihre traditionellen Partner im „Klassenkampf“. Ihre Aktionen fühlten sich jedoch primär nicht der Aussöhnung verpflichtet, sondern waren gegen einen gemeinsamen Gegner gerichtet, wie im Fall des „Kampfbündnisses“ gegen die Pariser Verträge und die Remilitarisierung Westdeutschlands, das die FDJ 1953 mit der Union de la Jeunesse républicaine française (UIRF) und der Union des jeunes filles françaises (UIFF) abschloss. Diesem Abkommen folgten jedoch keine Austauschbemühungen an der

Basis; die Kontakte blieben auf Delegationsreisen beschränkt.

Diese Einschränkungen gingen nicht zuletzt auf die instabile Lage der DDR in den fünfziger Jahren zurück, die es der SED geboten erschienen ließ, keine weitergehenden Kontakte mit dem westlichen Ausland auf gesellschaftlicher Ebene zu suchen. Gerade nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 und der Verurteilung des Stalinkults durch Chruschtschow regte sich unter ostdeutschen Intellektuellen und Studenten Opposition gegen die Monopolstellung der SED-Jugendorganisation. Partei- und Staatsorgane reagierten mit Repression und verboten Schülern wie Lehrern Reisen in NATO-Staaten. Neben dem hinzukommenden permanenten Devisenmangel der DDR verhinderten aber auch die französischen Behörden eine Vertiefung dieser Beziehungen und verweigerten ostdeutschen Delegationen in regelmäßigen Abständen die Einreisevisa. Paris hatte aufmerksam verfolgt, wie Ost-Berlin die Jugendlichen als Druckmittel gegen die Regierungen in Paris und Bonn benutzen wollte, um seinen deutschlandpolitischen Zielen ein größeres Echo zu verleihen.

So entstanden auf bescheidener Basis Beziehungen mit Einbahnstraßencharakter, die von der ostdeutschen Einheitsgewerkschaft (FDGB) und dem „Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer“ organisiert wurden und 1954/55 beziehungsweise 250 französischen Kindern einen Ferienaufenthalt im „anderen“ Deutschland ermöglichten. Um die internationalistische und gesamtdeutsche Komponente dieser Fahrten zu betonen, war die westdeutsche KPD beauftragt, die reisenden französischen Jugendlichen an den bundesdeutschen Bahnhöfen zu verpflegen.

„Jugendkommuniqué“

Die Bedeutung der Jugend in dem deutsch-deutsch-französischen Dreieck

erlebte Anfang der sechziger Jahre einen neuen Höhepunkt. Paris und Bonn hatten mit der Gründung des als Mittlerorganisation konzipierten Deutsch-Französischen Jugendwerkes am 5. Juli 1963 zum Ausdruck gebracht, welche bedeutende Rolle sie der jungen Generation bei der Verwirklichung der (west-)deutsch-französischen Aussöhnung zumaßen. Das Kennenlernen und das Verständnis füreinander sollten vertieft werden, um die Bande zwischen beiden Ländern enger zu gestalten.

Mit Blick auf diese Ereignisse unternahm auch Walter Ulbricht verstärkte Anstrengungen, die DDR den eigenen Jugendlichen und der westlichen Welt als einen weltoffenen und liberalen Staat darzustellen. Am 21. September 1963 verabschiedete das SED-Politbüro ein so genanntes Jugendkommuniqué, das den Weg freizumachen schien für individuelle Entwicklungen, für eine Auseinandersetzung mit abweichenden Auffassungen in fairer, faktengestützter Debatte und die Jugendlichen nach dem Mauerbau wieder mit der Partei versöhnen sollte. Anders als sonst wurden die theoretischen Vorgaben des Kommuniqués von den Jugendlichen ernst genommen und sollten in der Praxis ausprobiert werden.

Diese Gelegenheit erhielten sie unter anderem auf dem „Deutschlandtreffen“ im Mai 1964, an dem auch junge Leute aus der Bundesrepublik und West-Berlin teilnahmen. Ihnen wurde ohne Verwandtschaftsbeziehungen ermöglicht, für den symbolischen Preis von zehn D-Mark in die DDR einzureisen und über die Pfingsttage hinaus eine mehrtägige Studienfahrt zu unternehmen. Viele bundesdeutsche Jugendliche erlebten die DDR anders, als sie in ihrem Land zumeist dargestellt wurde; für die DDR-Jugendlichen bedeutete das Deutschlandtreffen ein Gegenbild zu ihrem oft tristen Alltag und wurde für viele zu einem Schlüsselerlebnis in ihrer persönlichen Biografie. Doch

die Aufbruchstimmung war nur von kurzer Dauer, denn mit dem am 4. Mai 1964 verabschiedeten Jugendgesetz nahm die SED ihren Jugendlichen wieder die Hoffnung auf eine Liberalisierung der Verhältnisse. So entpuppte sich das „Deutschlandtreffen“ in erster Linie als ein Mittel zur politischen Einbindung der Jugendlichen in die Gesellschaft und zur Mobilisierung für die gesellschaftlichen Ziele der Staatspartei.

Die kritische Haltung der DDR-Jugend gegenüber ihrem eigenen Staat verbot ihre breite Einbindung in den Maßnahmenkatalog gegen die Gründung des DFJW, das das DDR-Außenministerium in einer Note vom 22. Januar 1963 als „ideologische Offensive [...] zur Verschleierung der aggressiven und gefährlichen Zielsetzung“ bezeichnete:

„Im Mittelpunkt stehen dabei konkrete Festlegungen, wie die Versöhnungsdemagogie vor allem unter der Jugend der beiden Länder verbreitet werden soll. Dabei ist von besonderem Interesse, dass man sich nunmehr auch stärker auf den Austausch junger Handwerker und Arbeiter orientieren will, um vor allem den starken Widerstand in der französischen Arbeiterklasse gegen die Zusammenarbeit mit den westlichen Militaristen zu schwächen.“

In der Defensive

Aus der Defensive heraus reagierte die SED auf die Institutionalisierung der westdeutsch-französischen Jugendbeziehungen mit einer erneuten Feindbildpropaganda und wollte gemeinsam mit der kommunistischen Jugend Frankreichs, dem einzigen ihr nach dem Mauerbau noch verbliebenen Ansprechpartner in Frankreich, das DFJW sabotieren, wie das SED-Politbüro am 27. Juli 1965 beschloss:

„Die Arbeit mit den französischen Jugendlichen hat von Seiten der DDR (angesichts der Anstrengungen und finanziellen Mittel des westdeutschen Imperiums

alismus im Rahmen des westdeutsch-französischen Jugendwerkes, seine Ideologie in die Jugend Frankreichs zu infiltrieren) eine große Bedeutung. Es sollte deshalb eine prinzipielle Regelung aller Seiten des Jugendaustausches DDR/Frankreich in Angriff genommen werden.“

Die SED attackierte vor allem den unter dem Stichwort der *réconciliation* stehenden Geist des DFJW und sah in ihm ein Werkzeug, um die Jugend in beiden Ländern auf den „revanchistischen“ Élysée-Vertrag einzuschwören. Sie warf den Politikern beider Länder im Januar 1964 vor, diesen Begriff zu missbrauchen, weil zu einer „wahren Aussöhnung“ die Einbeziehung der Jugendlichen aus beiden deutschen Staaten notwendig sei.

„Freundschaftszug“

Eine erste konkrete Maßnahme gegen Élysée-Vertrag und DFJW war die Arbeitsvereinbarung zwischen SED und PCF vom Oktober 1963, die ab 1964 jedes Jahr einen „Freundschaftszug“ in die DDR vorsah, um den französischen Jugendlichen zu zeigen, wie „anormal, unlogisch und gefährlich die Weigerung der französischen Regierung ist, die DDR nicht anzuerkennen“ (*France Nouvelle* vom 24. Januar 1968). Auf Grundlage eines „Partnerschaftsvertrages“ zwischen Lille und Erfurt verbrachten 500 Jugendliche aus der nordfranzösischen Stadt ihre Ferien im Jahre 1964 im Thüringer Wald und im Harz. In den folgenden Jahren schwankte die jährliche Zahl zwischen 200 und 300 Teilnehmern. Der Aufenthalt der französischen Jugendlichen dauerte zumeist vier Wochen und unterteilte sich in zwei Wochen Arbeit in einem Betrieb oder einer LPG der DDR und zwei Wochen Ferien. Durch den Arbeitseinsatz und den Kontakt zu jungen ostdeutschen Arbeitern sollten die französischen Jugendlichen mit den „Werk tätigen“ der DDR in Kontakt kommen und die Ar-

beitsbedingungen in einem sozialistischen Staat kennen lernen. Infolge dieser Anstrengungen konnten so bis 1968 über 2500 französische Jugendliche in die DDR reisen, was aber im Vergleich zum Austauschprogramm des DFJW unbedeutend war. Im gleichen Zeitraum organisierte Letzteres 300 000 Kontakte zwischen französischen und bundesdeutschen Jugendlichen.

Eine neue Reaktion auf die Gründung des DFJW war der Informations- und Meinungsaustausch zwischen PCF und SED vom 13. bis 15. Januar 1964 in Ost-Berlin. Unter Einschluss von westdeutschen Genossen berieten deutsche und französische Kommunisten, „wie dem westdeutsch-französischen Jugendwerk durch gemeinsame Maßnahmen begegnet werden kann“. Vertreter aller drei Parteien attackierten den Deutsch-Französischen Vertrag und seinen Passus zum Jugendaustausch im *Neuen Deutschland* vom 21. Januar 1964:

„Die drei Parteien bekräftigen ihren Willen, für eine echte Freundschaft zwischen dem deutschen und französischen Volk und seiner Jugend einzutreten. Dieser Freundschaft widerspricht der vor einem Jahr zwischen den Regierungen Westdeutschlands und Frankreichs abgeschlossene Pakt [...] Die Jugend Frankreichs und Westdeutschlands wird durch diesen Vertrag, der gleichzeitig das natürliche Streben der jungen Generation nach echter Freundschaft missbraucht, besonders betroffen. Große Summen, die der unabhängigen, demokratischen Aktivität der Jugendorganisation verweigert werden, werden für das Deutsch-Französische Jugendwerk verwandt.“

Kommunistische Unterwanderung

Herausgefordert durch das DFJW, musste die DDR reagieren, angesichts der unsicheren Situation unter den eigenen Jugendlichen aber zugleich alle bilateralen Kontakte mit Frankreich in den Händen

der Partei und den Massenorganisationen kanalisieren. Zu diesem Zweck strebte die SED eine Verstärkung der Beziehungen zwischen den Parteiunterorganisationen an, verlor dabei jedoch auch nicht aus den Augen, die Gleichstellung der DDR beim Jugendaustausch mit Frankreich zu erreichen. Sie drängte die französischen Genossen, bei Jugendtreffen in der Bundesrepublik auf die Einladung von DDR-Gruppen zu insistieren, und plante eine „Volksfrontpolitik“, mit der sie in die Begegnungsaktivitäten FDJ-Jugendliche, Mitglieder aus den kommunistischen und sozialistischen Jugendorganisationen in Frankreich sowie sozialdemokratische Jugendliche aus der Bundesrepublik einzubinden versuchte. Mit dieser Strategie sollte unter den westdeutschen Teilnehmern die in Frankreich ausgeprägtere Tendenz zur „Einheitsfront der Arbeiterklasse“ populärer gemacht werden, doch schließlich diente sie nur der kommunistischen Unterwanderung der deutsch-französischen Jugendbegegnungen, um die Werbewirksamkeit der SED zu erhöhen.

Sorge der Franzosen

Die französische Militärregierung in Berlin wies den *Quai d'Orsay* im Oktober 1965 auf die Gefahren der DDR-Reisen französischer Jugendlicher hin. Sie fürchtete für die folgenden Monate neue Propagandaaktionen mit finanzieller Unterstützung durch die kommunistische Gewerkschaft CGT, die sich in erster Linie an junge Gewerkschafter und Mitglieder der sozialistischen Partei richten würden. Bei ihrem Aufenthalt in der DDR seien sie einzig Objekt der kommunistischen Indoktrination. Unbegründet war diese Sorge nicht, wie das französische Außenministerium in der folgenden Zeit zu spüren bekam. Wiederholt erhielt es Briefe französischer Jugendgruppen wie den folgenden: „Die Jugendlichen aus dem

Département Eure halten es für anormal, dass die französische Regierung Beziehungen zur Bundesrepublik unterhalte, wo eine Reihe ehemaliger Nationalsozialisten führende Positionen im Staat innehaben. Demgegenüber ignoriere sie ein friedensliebendes Volk, ein Land, das keine Arbeitslosigkeit kennt und wo die Jugendlichen dank der finanziellen Unterstützung durch den Staat studieren können, ohne ihren Eltern finanziell zur Last zu fallen.“

Die Begegnungen zwischen französischen und ostdeutschen Jugendlichen im Zeichen der DDR-Anerkennungspolitik sollten der SED zum einen innenpolitische Legitimation durch deutschland- und außenpolitische Erfolge beschermen und zum anderen außenpolitische Anerkennung durch Fortschritte auf innenpolitischer Ebene gewährleisten. Primäres Ziel war es dabei nach 1963, eine Konkurrenz für die Aktivitäten des DFJW zu schaffen und dessen Wirkung zu behindern. Diese Politik entsprach dem der sozialistischen Außenpolitik gegenüber den westlichen Ländern zu Grunde liegenden Prinzip der *friedlichen Koexistenz*, das als Teil des Kampfes zweier rivalisierender Systeme mit politischen, wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Mitteln verstanden wurde. Über den Umweg Frankreich wollte die SED Einfluss auf die bundesdeutsche Jugend gewinnen und sie gegen die Bonner Parteien mobilisieren. Indem die SED-Jugendpolitik stets von politisch-ideologischen Prämissen überlagert war, beschnitt sie sich selbst einer größeren Teilnehmerzahl bei den Jugendkontakten nach Frankreich. Das utilitaristische Grundprinzip und die Kanalisierung in Partei- und Staatskanälen sollten weder Platz für unpolitische Begegnungen noch für Eigeninitiativen lassen, die stets die Säule der westdeutsch-französischen Jugendbeziehungen waren.